

Antrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Max Stadler, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Wider die Vertrauenskrise – Für eine konsistente und konstante Wirtschaftspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland befindet sich zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren in einer Rezession. Die Wirtschaft kommt nicht auf die Beine. Auch das kommende Jahr verspricht nach allen Prognosen keine durchgreifende Besserung. Die konjunkturelle Krise ist angesichts der amtlichen Zahlen auch von der Bundesregierung nicht mehr zu leugnen. Allerdings liegen die Ursachen für die dahindümpelnde Volkswirtschaft tiefer. Wir leben in einer Zeit der strukturellen Verwerfungen. Insbesondere die auf Umverteilung abstellenden sozialen Sicherungssysteme geraten immer mehr ins Wanken. Schönheitsreparaturen reichen nicht mehr aus. Vielmehr müssen die maroden staatlichen Versorgungssysteme grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Sonst wird die Konjunkturkrise durch eine dauerhafte und tiefe Wachstums- und Beschäftigungskrise abgelöst.

Deutschland befindet sich zudem in einer tiefen Vertrauenskrise. Das ist eine weitere Ursache für die Wachstumsschwäche und fehlende Dynamik unserer Volkswirtschaft. Die Vertrauenskrise ist politisch bedingt. Das oberste Gebot wirtschaftspolitischen Handelns, verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsakteure zu setzen, wird von der grün-roten Regierung permanent missachtet. Es ist kein Weg aus der Krise zu erkennen. Die Regierung hat keine Konzepte, sie entscheidet meistens ad-hoc, kündigt an und verwirft die Ankündigungen wenig später wieder. Sie wirft selbst aufgestellte Prinzipien oder Leitplanken ihres Handelns ohne Skrupel immer wieder über Bord. Tagesaktuelle Inszenierungen sind ihr wichtiger als langfristige Orientierungen und verlässliches Handeln.

Beispiele für dieses massive Politikversagens sind die Verschuldungspolitik ohne Rücksicht auf das Grundgesetz, auf europäische Vereinbarungen oder auf nachfolgende Generationen, die Diskussionen über das Vorziehen der Steuerreform und die gleichzeitige Ankündigung höherer Steuern für Freiberufler und Unternehmen, die Diskussion über die Entfernungspauschale, die vor drei Jahren angesichts der steigenden Benzinpreise erst erhöht wurde, die Abschaffung

des Demographiefaktors in der Rentenversicherung und der aktuelle Versuch, einen solchen Faktor unter dem Namen Nachhaltigkeitsfaktor wieder einzuführen. Gleichzeitig werden die Rentner durch Diskussionen über Nullrunden, Rentenkürzungen und höhere Beiträge an den Sozialversicherungen weiter versichert. Hinzu kommt der Versuch, große Unternehmen durch industriepolitische Avancen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit zu hofieren, während funktionierende mittelständische Strukturen offensichtlich als Sündenbock für die miese wirtschaftliche Lage erhalten müssen. Die Art und Weise, mit der die Handwerksordnung reformiert werden soll, ist hierfür ein Beispiel. Die Farce um die LKW-Maut, eine zunehmend unsolidere Haushaltspolitik, das Chaos um das Dosenpfand oder das praktische Scheitern der arbeitsmarktpolitischen Reformen, die im Zuge des Vermittlungsskandals aus dem Boden gestampft und dann in großkoalitionärer Verbundenheit durchgepeitscht wurden, sind weitere Belege für die fehlende wirtschaftspolitische Konsistenz in unserem Land.

Die Regierungspolitik ist ereignisorientiert. Kurzfristige Effekte scheinen ihr wichtiger zu sein als langfristige, solide Perspektiven. Einfache wirtschaftliche Zusammenhänge werden immer wieder missachtet. Über notwendige Reformen wird zwar immer wieder diskutiert, aber sie werden nicht mit dem erforderlichen Nachdruck und vor allem ohne erkennbare Richtung angegangen. Die Agenda 2010 ist ein reiner Flickenteppich, mit dem Grün-Rot hofft, aus dem Größten rauszukommen, ohne zu erkennen, dass die Balance zwischen Staatswirtschaft und Privatwirtschaft grundlegend neu ausgerichtet werden muss. Insofern gibt es nicht nur ein Umsetzungs- sondern auch ein tiefgreifendes Erkenntnis- und Verständnisproblem dieser Regierung. Das mag auch damit zusammenhängen, dass kein Kabinettsmitglied eine ökonomische Ausbildung hat. Die Krise unserer Wirtschaft und unseres Landes wird mit einer solchen sprunghaften Politik jedenfalls verschärft.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. endlich wieder zu einer konsistenten und konstanten Wirtschaftspolitik zurückzukehren. Walter Eucken formulierte das in seinen erstmals im Jahr 1952 erschienenen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik so: „Die nervöse Unrast der Wirtschaftspolitik, die oft heute verwirft, was gestern galt, schafft ein großes Maß an Unsicherheit und verhindert (...) viele Investitionen. Es fehlt die Atmosphäre des Vertrauens.“ Das Vertrauen kann erst wieder hergestellt werden, wenn die Konstanz und Verlässlichkeit von wirtschaftspolitischen Entscheidungen als ein Grundprinzip einer funktionierenden Wettbewerbswirtschaft anerkannt werden;
2. ökonomische Zusammenhänge zu beachten. Wirtschaftspolitische Eingriffe können nicht isoliert gesehen werden, sondern müssen sich immer an gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen und der Aufrechterhaltung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung messen lassen;
3. jährlich einen ressortübergreifenden Bericht vorzulegen, in denen die mittel- und langfristigen Ziele des wirtschaftspolitischen Handelns erklärt, aber auch mögliche Auswirkungen von Einzelmaßnahmen auf den gesamten Wirtschaftsprozess dargestellt werden. Das ist auch deshalb notwendig, weil wir seit Grün-Rot wissen, dass Koalitionsverträge das Papier auf dem sie stehen, nicht wert sind. Insofern dienen diese politischen Absichtserklärungen nicht als wirtschaftspolitischer Leitfaden und schon gar nicht als Kompass für die eingeschlagene Richtung der Wirtschaftspolitik einer Legislaturperiode;
4. das Vorziehen der Steuerreform seriös gegenzufinanzieren. Das ist durch eine lineare Kürzung aller Subventionen um 20 Prozent sowie die konse-

- quente Privatisierung staatlicher Beteiligungen möglich. Langfristig muss allerdings der Weg zu einem klaren, einfachen und gerechten Steuersystem mit den Sätzen 15, 25 und 35 Prozent eingeschlagen werden;
5. eine nachhaltige Rentenstrukturreform auf den Weg zu bringen, deren Eckdaten über mehrere Legislaturperioden hinausreichen. Dazu müssen realistische Annahmen über die Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung ebenso in die Berechnung der zukünftigen Renten einbezogen werden, wie Überlegungen zu längeren Lebensarbeitszeit, flexibleren Rentenbezügen mit Zu- und Abschlägen sowie einer entschiedenen Stärkung der Eigenvorsorge. Dazu ist die komplizierte, bürokratische und weitgehende erfolglose Riester-Rente schnellstens zu überarbeiten;
 6. im Wissen um die Umlageproblematik der gesetzlichen Krankenversicherung nicht länger zu zögern, die anstehende Gesundheitsreform endlich für eine Weichenstellung in Richtung Kapitaldeckung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu nutzen. Die Bundesregierung hingegen wagt nicht einmal, das Krankengeld privat zu versichern, sondern belässt diese Leistung über einen Sonderbeitrag in der GKV. Im Übrigen bewirkt die geplante Gesundheitsreform bestenfalls eine kurzfristige Kostendämpfung. Die grundsätzlichen Reformnotwendigkeiten und damit die Schaffung einer verlässlichen und zukunftstauglichen Versicherungsstruktur bleiben weiter auf der Tagesordnung;
 7. die notwendigen Reformen auf den Arbeitsmarkt nicht Stück für Stück begleitet von quälenden Detaildiskussionen mit Gewerkschaftsfunktionären, sondern mutig, umfassend und aus einem Guss anzugehen. Dazu ist es erforderlich, auch das wettbewerbsverhindernde Tarifikartell zu knacken, Einstellungsbarrieren konsequent zu beseitigen und Arbeitskosten zu senken. Die Perspektive muss klar sein: Wir brauchen einen entrümpelten, flexiblen und wettbewerbsfähigen Arbeitsmarkt. Das ist im Interesse aller derjenigen, die in Deutschland einen Arbeitsplatz suchen.

Berlin, den 24. September 2003

Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb

Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Andreas Pinkwart
Dr. Max Stadler
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

